

„Zuwanderung, Demokratie und Rechtsstaat“: eine Verlautbarung

Es besteht die Gefahr, dass die ursprüngliche Begeisterung der Flüchtlinge in der Bundesrepublik über die zunächst wohlwollende Aufnahme durch das Land im Herbst 2015 einer nicht unerheblichen Ernüchterung weicht, möglicherweise in Missmut, Resignation, gar Feindseligkeit umschlägt, wenn weiterhin rassistische Propaganda, Hassiraden und Anschläge auf Wohnanlagen von Migranten das gesellschaftliche Klima vergiften. Selbstverständlich tragen auch all diejenigen, die in krimineller Weise in die vor noch nicht allzu langer Zeit diskutierten Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof während der Silvesternacht 2015/2016 involviert waren, und natürlich auch jene Migranten, die sich anderenorts, und dies nicht nur in besagter Silvesternacht, strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, zu entsprechenden ausländerfeindlich gestimmten Reaktionen in der Bevölkerung bei. Ausländerfeindlichkeit wiederum, gar Rassismus ist „Wasser auf die Mühlen“ rechtspopulistischer sowie rechtsradikaler Parteien, deren Anhänger und Sympathisanten mit entsprechender Propaganda, vor allem mit Hasskommentaren u.a. im Internet aus ihrer Menschenverachtung keinen Hehl machen. Auch die in den Koalitionsgesprächen zur Regierungsbildung vor ca. zwei Monaten vereinbarte Kontingentlösung im Hinblick auf die Regelung des Familiennachzuges für subsidiär geschützte Flüchtlinge ist mit der insbesondere von dezidiert konservativer Seite in den entsprechenden Verhandlungen durchgesetzten Zahl von 1000 Nachzugsberechtigten pro Monat bei einer offiziell geschätzten Gesamtzahl von ungefähr 60000 Personen, die für einen Familiennachzug in Frage kommen, kaum anders als kümmerlich zu nennen. Eine solche Minimallösung ist letztlich skandalös und wirft ein bezeichnendes Licht auf den partiellen Zynismus einer Wohlstandszivilisation.

Gleichwohl: Gelingende Integration dürfte Bedingung, wenn auch nicht gleich Garantie für Gewaltverzicht auf allen Seiten sein. Die deutsche Bevölkerung sollte sich aufgefordert fühlen, durch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber Migranten, vor allem durch aktive sowie sachkundige Mitwirkung an den Aufgaben der Integration – dies sei besonders betont - die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die hiesige Gesellschaftsordnung insgesamt und damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie humanistische Werte gerade für die Zukunft auch unter den Migranten ebenso intellektuell wie emotional engagierte Träger finden. Dass die Zuwanderer über Aufnahmebereitschaft seitens der deutschen Bevölkerung und eine weitgespannte Integration für die Qualitäten eines aufklärerisch-humanistisch fundierten Gemeinwesens notwendigerweise zu interessieren und zu gewinnen sind, wird für unsere Gesellschaftsordnung in den Strukturen von Demokratie und Rechtsstaat überlebenswichtig sein. Zudem kann sich nur über die Aufnahme von Kontakten, durch Bekanntschaften und Freundschaften auf längere Sicht ein gedeihliches Miteinander der Menschen gerade in einer verstärkt pluralistisch geprägten Gesellschaft entwickeln. Ein kategorisch auf Gelingen von Integration ausgerichteter permanenter Prozess mit dem begleitenden Ergebnis einer pazifizierte menschlichen Gemeinschaft wird das Fundament des gesamten europäischen Wertesystems liefern, das durch kulturelle wie religiöse Einflussfaktoren geprägt, insbesondere bekanntermaßen – wie auch oben bereits angedeutet - von Errungenschaften der Aufklärung durchdrungen ist. Rechtspopulistische Umtriebe mit nicht unbeachtlichem Zuspruch vonseiten der Bevölkerung gerade in manchen Staaten Europas geben dem Gedanken einer Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaat eine realistische Note.

Schneller, als vielen Menschen vermutlich bewusst ist, gerät ein Gemeinwesen, das sich durch differenzierte, balancierte, geradezu „sensible“, auf Freiheit und Menschenrechte zielende Strukturen auszeichnet, in nicht zu unterschätzende Gefahr. Die Bewahrung, auch die gegebenenfalls anzustrebende Weiterentwicklung demokratischer sowie rechtsstaatlicher Standards erfordert Wachsamkeit der menschlichen Gemeinschaft in ihrem Pluralismus insgesamt, d.h. Rechtsstaats- und Wertebewusstsein sowie Engagement eines jeden einzelnen Gesellschaftsmitgliedes.

Die Bevölkerung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – dies sei noch einmal hervorgehoben - ist letztlich gefordert, wenn es im Rahmen von Demokratie und Rechtsstaat um den Erhalt von Liberalität, Toleranz und offener Gesellschaft geht.

Und schließlich: Die oben skizzierten Zusammenhänge, überhaupt die in Entstehung begriffenen Vorgänge und Entwicklungen auf dem Feld von Gesellschaft und Politik in eher umgrenzten Bereichen sollten wie üblich auch im Kontext von Wandlungen und Veränderungen gesehen werden, deren Inhalt, Struktur und Auswirkungen in einer bei rasantem Tempo weiterhin über Austauschbeziehungen zusammenrückenden sowie durch vielfache

Mobilität gekennzeichneten Welt zu permanenten Bestandteilen der Lebensrealität, teilweise zu globalen Problemen, zu dauerhaften Phänomenen in ubiquitärer Dimension gewissermaßen avancieren. Jene Veränderungen werden die Menschheit - soweit absehbar - vor große Herausforderungen stellen und der Bevölkerung auch in Europa im Hinblick auf mögliche Einschränkungen von Demokratie, Rechtsstaat und Liberalität vermutlich manche, wenn nicht sogar schwere Sorgen bereiten. Die Digitalisierung, um abschließend eines der folgenreichsten Beispiele für „Weltveränderung“ durch Menschenhand zu benennen, schreitet mit teilweise erschreckenden Auswirkungen voran. So wird es in China bis 2020 nach Medienberichten ca. 600 Millionen Gesichtserkennungskameras geben, dies mit der unweigerlichen Folge einer Zementierung von Diktatur und Unterdrückung durch totale Überwachung. Schätzungen zur Anzahl der in China jährlich vollstreckten Todesurteile belaufen sich auf Tausende, zudem handelt es sich bezüglich verifizierbarer Zahlen in diesem Zusammenhang um ein chinesisches Staatsgeheimnis. Was bedeutet all dies vorwiegend zukünftig für andere Länder und Regionen, für Gesellschaft und Individuum insgesamt? – Die viel beschworene Digitalisierung wird nicht nur zu den zivilisatorischen Errungenschaften, sondern neben Klimawandel, Aufrüstung, Krieg und Zerstörung, Armut, Flucht und Vertreibung auch zu den globalen Problemen und möglichen „Kataklysmen“ gehören, deren Auswirkungen auf Lebenschancen und Leben von Kindern und Kindeskindern - aus heutiger Sicht gesagt – in ihrer Schwere noch gar nicht abzuschätzen sind.

Norderstedt, im April 2018

Michael Pleister